

## »Recht des Arbeiters ist Gesetz«

**Wie können die Lohnabhängigen Griechenlands den Angriff auf ihre Löhne und sozialen Errungenschaften zurückweisen?** Ein Gespräch mit Vassilis Petropoulos  
Interview: Heike Schrader, Athen



Athen, 4. März: Protest unter der PAME-Fahne vor dem griechischem Parlament; Foto: AP

Vassilis Petropoulos ist Mitglied im Exekutivsekretariat, dem Leitungsgremium der griechischen kommunistisch orientierten Gewerkschaftsfront PAME

***Welche Chancen sehen Sie, die – von der EU geforderten – antisozialen Maßnahmen der griechischen Regierung zu stoppen?***

Die Möglichkeiten sind groß, weil die Lohnabhängigen, also die überwiegende Mehrheit in Griechenland wie europaweit, von diesen Maßnahmen geschädigt werden. Ihre Aktionen und Mobilisierungen können deren Umsetzung verhindern. In Griechenland nehmen die Proteste seit denen vom 17. Dezember zu. Von Streik zu Streik beteiligen sich immer mehr Menschen. Zumindest für den Klassenkampf hier wäre es nicht das erste Mal, daß Verordnungen zwar verabschiedet wurden, es aber aufgrund des Widerstands nie zur Umsetzung kommt. So stieß z.B. erst 2001 ein Gesetz über Rentenminderungen und Verlängerung der Lebensarbeitszeiten auf derartigen Widerstand, daß es zurückgenommen wurde.

***Außerhalb Griechenlands wird berichtet, daß es keine Mehrheiten in der Bevölkerung für die Proteste gibt. Steht die Arbeiterbewegung weitgehend allein da?***

Im Gegenteil, mittlerweile liest man sogar in den Massenmedien, daß die anfängliche Akzeptanz für die Maßnahmen wegbriecht. Die jüngsten Umfragen zeigen, daß die Mehrheit des griechischen Volkes dagegen ist.

***Welche Aktionen sind notwendig, wie viele Generalstreiks müssen organisiert werden?***

In Griechenland hat es seit dem 17. Dezember fünf Generalstreiks gegeben, bei denen die PAME jedesmal eine Vorreiterrolle gespielt hat. Diese Streiks haben viel bewirkt, sowohl im Bewußtsein der Arbeiter als auch, was ihre aktive Teilnahme angeht. Die Empörung wächst, und das politische System wird angezweifelt. Natürlich kann es nicht jeden Tag einen Generalstreik geben, das ist aber auch nicht das Problem. Es kommt vielmehr darauf an, alle Mobilisierungen für eine klassenbewußte politische Ausrichtung der Kämpfe zu nutzen. Die Arbeiterbewegung muß die Diskussion über die Maßnahmen öffnen, damit nicht nur deren Auswirkungen erörtert werden, sondern vor allem, wer die Verantwortung dafür trägt, was mit ihnen erreicht werden soll, welche Klasse sie bedienen.

Dieser Angriff ist umfassend, er betrifft den öffentlichen wie den privaten Sektor und alle Lohnabhängigen haben darunter zu leiden. Dagegen kann nur allgemeiner Widerstand helfen. Kein Zunfddenken, kein für eine Branche allein geführter Kampf kann erfolgreich sein oder sich auch nur als Hindernis für die verfolgte Politik erweisen.

***Der Ausstand ist das klassische Mittel der Arbeiterbewegung. Wie steht die PAME zu anderen Kampfmaßnahmen, Werksbesetzungen, wilden Streiks etc.?***



Vassilis Petropoulos

Die PAME schließt keine derartige Form aus, sie alle werden gebraucht, in allgemeinen, aber auch in spezifischen Arbeitskämpfen. Wenn z.B. in einem einzelnen Betrieb entlassen wird, sollte dies Gegenstand von Aktionen der Arbeiterbewegung allgemein sein. So daß klar wird: Entlassungen werden weder in dem konkreten Fall noch irgendwo anders zugelassen. Das heißt, wir schließen keine Form der Mobilisierung aus,

gleichzeitig spalten wir sie aber nicht und lösen sie nicht von der Notwendigkeit eines allgemeinen Aufstandes gegen die volksfeindliche Politik.

***Hat die PAME kein Problem, die Grenzen der Legalität zu überschreiten?***

In der heutigen Situation ist »legal« ein relativer Begriff. Wenn Regierungen antreten, denen das Kapital eine Politik zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit stellenden Lohnabhängigen aufdrückt, ist es kein Wunder, daß jeder Widerstand dagegen von ihnen als illegal bezeichnet wird. Sich darauf einzulassen würde bedeuten, gegen die Interessen der Arbeiter gerichtete Maßnahmen zu akzeptieren. Deswegen propagiert die PAME »Gesetz ist das Recht des Arbeiters«, und wir legen unsere Kampfmethoden auf dieser Basis fest.

Der Vorwurf der »Illegalität« wird uns aber nicht nur von Regierungen und Unternehmen gemacht, auch die Spitzen der Gewerkschaftsdachverbände blasen ins gleiche Horn. So hatte der GSEE vor dem von der PAME initiierten allgemeinen Streik am 17. Dezember gewarnt, daran teilzunehmen, da der Ausstand angeblich nicht legal war.

***Die PAME mobilisiert seit Jahren getrennt von den Gewerkschaftsdachverbänden. Welche Differenzen zwischen GSEE und ADEDY einerseits und der PAME andererseits machen gemeinsame Mobilisierungen unmöglich?***

Für die PAME ist die Einheit der Arbeiterklasse an deren Basis zu finden. Egal, ob jemand im öffentlichen Dienst oder der privaten Wirtschaft arbeitet, egal ob in Vollzeit oder Teilzeit, befristet oder unbefristet, er ist ein Teil der Gesamtheit der Lohnabhängigen. Dies wird von den Gewerkschaftsspitzen aber nicht so gesehen wird. Sie wehren sich beispielsweise dagegen, daß Lohnabhängige mit zeitlich befristeten Verträgen in die Gewerkschaft eintreten können. Wo immer wir die Kraft haben, setzen wir durch, daß alle Mitglied werden können. Das gleiche gilt auch für Migranten.

Ein anderer Aspekt ist die politische Linie. Die Mehrheit in den Gewerkschaftsspitzen vertritt Ansichten, die mit denen der Regierung übereinstimmen. Die regierende

PASOK hat sogar den Luxus, sagen zu können, daß sie über die Mehrheit in der GSEE und in der ADEDY und bei der Gewerkschaftsorganisation der Bauern verfügt. Diese Leute leiten die Ansichten der Regierung weiter oder versuchen dies zumindest, wobei sie unter dem Druck der Proteste gezwungen sind, sich nicht völlig offen, nicht hundertprozentig mit den Ansichten der Regierung zu identifizieren. Da wird dann argumentiert, daß uns die Maßnahmen von der EU aufgedrückt würden, womit man das Kabinett von seiner Verantwortung befreit. Als ob die griechische Regierung nicht alle Beschlüsse auf EU-Ebene mitgestaltet und mitgetragen hätte, ob diese nun Maastricht, Lissabon oder Bolkestein, Weißbuch der Arbeitsbeziehungen etc. heißen. Gleichzeitig brennt man ein Feuerwerk von Parolen ab, wonach die Krise von den »Reichen und Superreichen« bezahlt werden sollte oder »die Menschen über die Gewinne« zu stellen seien.

***Was ist daran falsch? PAME fordert doch auch, die Krise solle »die Plutokratie« bezahlen.***

Was heißt denn die Reichen und Superreichen? Wer heute eine unbefristete und geregelte Arbeit hat, ist gegenüber dem Arbeitslosen ein Reicher und nach dieser Logik aufgefordert, die Krise zu bezahlen. Hier wird eine Diskussion über »Privilegierte« aufgemacht. Es werden Trennlinien zwischen Lohnabhängigen gezogen, was einen geeinten Widerstand behindert, es Regierung und Kapital erleichtert, die Maßnahmen durchzuziehen. Außerdem kann man beide nicht mit dem Verweis auf die EU von ihrer Verantwortung freisprechen. Seit Beginn des Jahrtausends, mit dem Eintritt in die Währungsunion, mit der Austragung der Olympischen Spiele hat das Kapital hier, haben die Banken und die Bauunternehmen eine Orgie des Gewinns gefeiert. Selbst heute, in der Krise fahren die Konzerne und Finanz-institute weiterhin Gewinne ein. Es gibt konkrete Verantwortung, konkrete Verantwortliche. Da kann man nicht eine Art religiöse Parole aufstellen, nach der die Reichen bezahlen sollen.

***Hat die 1999 gegründete PAME mit dieser Haltung Erfolg? Oder sind ihre Einstellungen den Arbeitern »zu radikal«?***

Der Einfluß, die Stärke und die Kampfbereitschaft der PAME haben seit ihrer Gründung stetig zugenommen. Mehr und mehr Lohnabhängige sehen in der PAME eine kampfbereite Unterstützerin ihrer Interessen. Das gilt nicht nur für heute, unter den Bedingungen eines allgemeinen Angriffs, aber auch eines allgemeinen Unmuts. Das haben wir vielmehr unter hohem Einsatz seit nunmehr einem Jahrzehnt aufgebaut. Mit dem Ergebnis, daß vor allem Basis-- und Gewerkschaftsorganisationen aus neuen Berufsfeldern, z.B. den sogenannten neuen Technologien, sich an die PAME wenden.

Unsere Haltung und unsere Praxis haben so griechenlandweit eine breite Sympathie für unsere Kämpfe, aber auch für unsere politische Ausrichtung geschaffen. Denn die Ideologie der Sozialpartnerschaft der Gewerkschaftsdachverbände gilt nicht erst seit heute, sondern schon, als in Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs z.B. Verträge mit lächerlich kleinen Lohnerhöhungen oder über eine zweijährige Friedenspflicht unterschrieben wurden, als gescheitert.

## HINTERGRUND

### Weiter Streiks in Griechenland

Es kann vielleicht nicht jeden Tag einen Generalstreik geben, aber daß sich die »Lage in Griechenland nach der Streikwelle normalisiert« hätte, wie dpa am Tag nach dem landesweiten Ausstand vom 11. März beruhigend verkündete, entspricht nicht der Wahrheit.

Tatsächlich wurde und wird in Griechenland weiter gestreikt. So befinden sich seit Mitte vergangener Woche die Ärzte vieler staatlicher Krankenhäuser täglich für Stunden im Ausstand. In Thessaloniki hielten dabei am Donnerstag 250 Mediziner das Verwaltungsgebäude des staatlichen Krankenhauses Hippokrateion für vier Stunden symbolisch besetzt. Für den heutigen Montag ist ein Protestmarsch vor das Gesundheitsministerium in Athen geplant. Am Dienstag reihen sich die Anwälte und Notare des Landes mit einem viertägigen Streik bis zum Freitag in die Arbeitskämpfe ein.

Letzte Woche streikten auch die Angestellten bei der griechischen Stromgesellschaft DEI. Sie setzten ihren über zwei Tage geführten Arbeitskampf nur gegen die Zusage auf Verhandlungen mit dem Arbeits- und Finanzministerium am Donnerstag vorerst aus. Wegen des Streiks mußte der Strom in einzelnen Stadtvierteln Athens stundenweise abgeschaltet werden.

Erfolgreich endete in der vergangenen Woche ein kurzer Streik beim Baukonsortium Moreas. Das Unternehmen hatte zwölf seiner Arbeiter auf die Straße gesetzt. Nach gescheiterten Verhandlungen mit der Geschäftsleitung hatte die Bauarbeitergewerkschaft einen 24stündigen Warnstreik begonnen. Nur zwei Stunden später gab die Unternehmensleitung nach, und die Entlassenen kehrten an ihre Arbeit zurück.

Anfang der Woche hatten in Athen keine Taxen zur Verfügung gestanden. In Griechenland gibt es kaum große Taxiunternehmen, die meisten Wagen werden von Selbständigen oder Familien betrieben. Sie wehren sich gegen die Abschaffung ihrer Pauschalbesteuerung und die Einführung der Buchhaltungspflicht für ihre Kleinstunternehmen. Am Freitag schließlich besetzten Aktivisten der kommunistisch orientierten Gewerkschaftsfront PAME insgesamt 13 Mautstellen an kostenpflichtigen Schnellstraßen im ganzen Land. Für zwei Stunden erzwangen die Gewerkschafter kostenfreie Durchfahrt auf den unter Einsatz von Steuergeldern gebauten Straßen, deren Gebühren aber größtenteils in die Taschen von privaten Betreibern fließen. Die Besetzung war bei weitem nicht die erste, sicherlich aber auch nicht die letzte der Aktionen, mit denen die PAME die kostenfreie Benutzung des Straßennetzes des Landes für seine Bewohner durchsetzen will.

**Heike Schrader, Athen**